

Geschäftsordnung des Bundesparteitags

§ 1 Teilnahme und Akkreditierung

- 1) Alle Mitglieder und Fördermitglieder gemäß § 3 BS haben das Recht, am Bundesparteitag teilzunehmen.
- 2) Stimmberechtigte Mitglieder werden durch die dazu vom Bundesvorstand beauftragten Personen akkreditiert. Hierbei erhalten sie eine Abstimmungskarte als Nachweis ihrer Akkreditierung. Alle Abstimmungen per Handzeichen erfordern die erkennbare Verwendung der Abstimmungskarte.
- 3) Alle stimmberechtigten Mitglieder haben ein Rederecht. Gäste erhalten ein Rederecht nach § 12 Abs. 6 BS.

§ 2 Wahl der Versammlungsleitung

- 1) Die Versammlungsleitung besteht aus einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter und zwei Protokollanten.
- 2) Die Wahl zur Versammlungsleitung wird durch ein Mitglied des Bundesvorstands durchgeführt.
- 3) Die Mitglieder der Versammlungsleitung werden durch das Bundespräsidium vorgeschlagen. Stimmberechtigte Mitglieder können weitere Personen vorschlagen.
- 4) Die Versammlungsleitung wird per Handzeichen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gewählt.
- 5) Die Amtszeit der Versammlungsleitung beginnt mit der Wahl und endet mit dem Ende des Bundesparteitags, durch Rücktritt oder durch Abberufung.
- 6) Die Abberufung kann jederzeit durch ein stimmberechtigtes Mitglied beantragt werden. Sie erfordert die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.
- 7) Bei Rücktritt oder Abberufung ist unverzüglich eine neue Versammlungsleitung zu wählen. Die Versammlungsleitung wird immer vollständig per Blockwahl gewählt.

§ 3 Rechte und Pflichten der Versammlungsleitung

- 1) Die Versammlungsleitung führt den Bundesparteitag gemäß Gesetz, Bundessatzung, Geschäftsordnung, Tagesordnung und Beschlüssen des Bundesparteitags.
- 2) Die Versammlungsleitung hat die Pflicht, auf einen ordnungsgemäßen und konstruktiven Parteitag hinzuwirken. Hierzu achtet sie auf die Einhaltung der Tagesordnung und der Geschäftsordnung und erteilt oder entzieht auf dieser Basis Rederecht und Redezeit.
- 3) Die Versammlungsleitung kann weitere Helfer benennen, die bei der Durchführung des Bundesparteitags unterstützen.

- 4) Die Versammlungsleitung kündigt Beginn und Ende von Sitzungsunterbrechungen sowie den Zeitpunkt einer Neuaufnahme der Versammlung nach Vertagung an.
- 5) Die Versammlungsleitung kann jederzeit ein Stimmungsbild einholen. Ein Mitglied des Bundespräsidiums kann jederzeit die Einholung eines Stimmungsbildes durch die Versammlungsleitung veranlassen.
- 6) Bei erheblicher oder wiederholter Störung kann die Versammlungsleitung einem Mitglied oder Gast das Rederecht vorübergehend oder dauerhaft entziehen und bei besonders schweren Fällen das Mitglied oder den Gast von der Versammlung ausschließen.
- 7) Alle Entscheidungen der Versammlungsleitung werden durch den Vorsitzenden oder den Stellvertreter getroffen. Bei Uneinigkeit wird eine Beratung und Abstimmung in der gesamten Versammlungsleitung (einschließlich Protokollanten) durchgeführt. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 4 Änderungen der Abläufe (GO-Anträge)

- 1) Eine Änderung der Tagesordnung oder eine temporäre Änderung der Geschäftsordnung wird GO-Antrag genannt.
- 2) Jedes stimmberechtigte Mitglied kann jederzeit einen GO-Antrag stellen, der bevorzugt behandelt wird. Ein GO-Antrag unterbricht keinen laufenden Redebeitrag. Der Antrag wird durch das Heben beider Arme angezeigt. Die Redezeit des Antragstellers ist auf eine Minute begrenzt. Pro Tagesordnungspunkt ist pro Mitglied grundsätzlich nur ein GO-Antrag zulässig.
- 3) GO-Anträge werden ohne Aussprache abgestimmt, sofern in angemessener Zeit keine Gegenrede angemeldet wird.
- 4) Wird eine Gegenrede angemeldet, fordert die Versammlungsleitung den Bundesparteitag auf, die Unterstützung des GO-Antrags durch Handzeichen anzuzeigen. Wenn mindestens zehn stimmberechtigte Mitglieder den GO-Antrag unterstützen, wird eine Aussprache durchgeführt. Andernfalls wird der GO-Antrag abgewiesen.
- 5) Im Fall einer Aussprache hat jedes stimmberechtigte Mitglied eine Minute Zeit, die eigene Meinung darzulegen. Nachdem mindestens vier Redebeiträge erfolgt sind, kann die Versammlungsleitung die Aussprache jederzeit beenden.
- 6) Die Versammlungsleitung kann eigene GO-Anträge direkt zur Abstimmung stellen oder GO-Anträge aus der Versammlung als eigene Anträge übernehmen. Gegenreden und Aussprachen müssen hierbei nicht zugelassen werden.
- 7) GO-Anträge werden immer offen und per Handzeichen abgestimmt. Eine geheime Abstimmung ist ausgeschlossen. Weiteres regelt § 6 der Geschäftsordnung.
- 8) Bei mehreren gleichzeitig gestellten GO-Anträge entscheidet die Versammlungsleitung über die Reihenfolge ihrer Behandlung. Konkurrierende GO-Anträge können in einer Akzeptanzwahl abgestimmt werden.
- 9) Die Versammlungsleitung kann GO-Anträge ablehnen, die einschlägigen Gesetzen oder der Bundessatzung widersprechen oder andere formale Mängel aufweisen. Die Versammlungsleitung muss die Ablehnung begründen.

§ 5 Inhaltliche Anträge und Aussprache

- 1) Alle inhaltliche Anträge zu nach §12 (5) Bundessatzung werden gemäß Tagesordnung und Vorgabe der Antragskommission bearbeitet. Nicht fristgerecht eingereichte Anträge werden nach Zulassung durch die Antragskommission von dieser per GO-Antrag auf die Tagesordnung gesetzt.
- 2) Jeder Antrag wird durch die definierte (präsentierende) Person vorgestellt. Die präsentierende Person hat 5 Minuten Zeit, den Antrag zu erklären und zu begründen. Für Leitanträge gilt keine Redezeitbegrenzung.
- 3) Nach der Vorstellung des Antrags eröffnet die Versammlungsleitung die Befragung zum Antrag. Hierbei dürfen alle stimmberechtigten Mitglieder ihre Fragen kurz und ohne eigene Meinung oder Argumente stellen. Die Fragen dienen dem besseren Verständnis des Antrags. Die präsentierende Person hat je Frage eine Minute Zeit, diese zu beantworten.
- 4) Nach der Befragung beginnt die Aussprache. Jedes stimmberechtigte Mitglied darf die eigene Meinung zum Antrag innerhalb von einer Minute darlegen. Am Ende der Aussprache darf die präsentierende Person eine abschließende Stellungnahme abgeben und hat dafür eine Minute Zeit.
- 5) Die Versammlungsleitung definiert die Organisation der Rednerliste und teilt dem Bundesparteitag mit, wie die Beteiligung an der Befragung oder der Aussprache geregelt ist.
- 6) Während der Befragung oder Aussprache können jederzeit Hinweise zur Korrektur von Rechtschreib- und Grammatikfehlern eingebracht werden, die durch die Versammlungsleitung berücksichtigt werden. Andere Änderungen sind nicht zulässig.
- 7) Nach jeweils mindestens vier Redebeiträgen kann jedes stimmberechtigte Mitglied die Schließung der Rednerliste für die Befragung und Aussprache beantragen. Über die Schließung wird ohne Gegenrede oder Aussprache abgestimmt.

§ 6 Kurzfristige inhaltliche Änderungsanträge gemäß §12 (5) BS

- 1) Während des Bundesparteitags können kurzfristige Änderungsanträge bei der Antragskommission in Textform eingereicht werden, wenn sie nur kleine Änderungen (einzelne Worte / Begriffe / Teilsätze) zuvor abgelehnter Anträge oder die Abstimmung über ein einzelnes Modul eines zuvor gesamthaft abgelehnten Antrages beinhalten.
- 2) Beschließt die Antragskommission die Zulassung eines während des Bundesparteitages kurzfristig eingereichten Antrags, wird der Antrag durch die Antragskommission bei der Versammlungsleitung im Rahmen eines GO-Antrages eingereicht.
- 3) Die Versammlungsleitung stellt den Antrag ohne weitere Begründung vor, hebt jedoch die Änderungen hervor. Anschließend wird über den Antrag ohne weitere Befragung oder Aussprache abgestimmt.

§ 7 Abstimmung über inhaltliche Anträge

- 1) Anträge werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen, sofern die Bundessatzung nichts anderes vorsieht.
- 2) Alle Abstimmungen über inhaltliche Anträge werden immer per Handzeichen durchgeführt. Die Versammlungsleitung erfragt immer die Zustimmung und bei unklarer Mehrheit die Ablehnung. Enthaltungen werden nicht berücksichtigt.
- 3) Das Ergebnis einer Abstimmung wird von der Versammlungsleitung nach Augenmaß festgestellt und mitgeteilt. Bei unklaren Verhältnissen führt die Versammlungsleitung eine Auszählung durch.
- 4) Gibt es zwei oder mehr konkurrierende Anträge, erfolgt die Abstimmung durch ein Akzeptanzverfahren, wobei jedes Mitglied beliebig vielen Anträgen zustimmen kann. Der Antrag mit der höchsten Zustimmung wird angenommen. Erreicht der Antrag mit der höchsten Zustimmung nicht die vorgeschriebene Mehrheit, wird eine Stichwahl unter den zwei Anträgen mit der höchsten Zustimmung durchgeführt.

§ 8 Ende des Bundesparteitags

- 1) Der Bundesparteitag wird durch einen GO-Antrag mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beendet.
- 2) Die auf dem Bundesparteitag nicht behandelten Anträge verfallen mit dem Ende des Bundesparteitages.

Anhang: Einschlägige Absätze aus der Bundessatzung

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Jedes Mitglied hat das Recht, sich im Rahmen der einschlägigen Gesetze, der Satzungen und Ordnungen an der politischen Willensbildung der Partei der Humanisten zu beteiligen, an der Aufstellung von Kandidaten mitzuwirken, sich als Kandidat zu bewerben, das aktive und passive Wahlrecht auszuüben, an Veranstaltungen teilzunehmen, sich mit anderen Mitgliedern zu organisieren und Anträge an die entsprechenden Organe zu stellen.

§ 12 Bundesparteitag

(5) Anträge, die ein neues Programm, eine neue Satzung oder Ordnung einbringen oder vorhandene Programme, Satzungen und Ordnungen ersetzen, müssen einen Monat vor dem Bundesparteitag eingereicht werden. Sie müssen dabei folgende Informationen enthalten:

- a) Antragsteller (Person, Organ oder AG)
- b) Präsentierende Person(en)
- c) Art des Antrags (Programm, Satzung oder Ordnung)
- d) Titel und Text
- e) Begründung mit angestrebtem Ziel und Argumenten für den Antrag

Änderungsanträge dienen dazu, bereits beschlossene oder mit einem Antrag neu eingereichte Programme, Satzungen oder Ordnungen zu ändern.

Nicht fristgerecht eingereichte Anträge können auf Beschluss der Antragskommission (siehe Abs. 10) zugelassen werden. Die Anträge im Rahmen eines Tagesordnungspunktes werden nach folgender Priorität behandelt:

- a) Anträge des Bundesvorstands
- b) Anträge des Bundespräsidiums
- c) Anträge der Landesvorstände
- d) Anträge der anerkannten Arbeitsgruppen
- e) Anträge der Parteimitglieder

Die weitere Priorisierung erfolgt durch die Antragskommission (siehe Abs. 10), wobei ein Antragsteller für die eigenen Anträge eine Reihenfolge vorgeben kann.

Die Antragsteller können ihre Anträge persönlich vorstellen oder ein anderes Mitglied mit der Vorstellung beauftragen. Die Antragsteller können ihre Anträge jederzeit zurückziehen. Arbeitsgruppen können nur Anträge mit Bezug zu ihrem Zweck bzw. ihrer Zielsetzung einreichen.

(6) Der Bundesparteitag tagt öffentlich. Jedes Parteimitglied kann daran teilnehmen, wenn es sich als Mitglied ausweist. Jedes Parteimitglied hat Rederecht, sofern der Bundesparteitag nicht anders beschließt. Gäste können nach Zustimmung des Bundesvorstands von Parteimitgliedern eingeladen werden und haben auf Beschluss des Bundesparteitags Rederecht. Der Beschluss erfolgt einmalig für den gesamten Bundesparteitag und kann auf Beschluss des Bundesparteitags widerrufen werden.

(7) Der Bundesparteitag wird vom Vorstandsvorsitzenden oder vom Generalsekretär oder einem Stellvertreter eröffnet. Der Bundesparteitag gibt sich zu Beginn eine Tagesordnung, eine Geschäftsordnung und vor Wahlen eine Wahlordnung. Er kann die Geschäftsordnung und Wahlordnung des letzten Bundesparteitags annehmen und beschließen. Änderungsanträge können vom Bundesparteitag zugelassen werden. Der Bundesparteitag wählt zu Beginn eine Versammlungsleitung und bei Wahlen eine unabhängige Wahlleitung sowie die entsprechenden Protokollanten.

(8) Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorstand und das Bundesschiedsgericht in gleicher,

geheimer und direkter Wahl. Wo nicht anders geregelt, werden alle Entscheidungen des Bundesparteitags mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen. Stimmenthaltungen werden als ungültige Stimmen gewertet. Das Stimmrecht kann von Mitgliedern nur persönlich wahrgenommen werden. Der Bundesparteitag ist unabhängig von der Zahl der tatsächlich erschienen Mitglieder beschlussfähig.

(9) Über den Bundesparteitag und die Beschlüsse wird ein Ergebnisprotokoll angefertigt, das von der jeweiligen Protokollführung und der jeweiligen Versammlungsleitung unterschrieben wird. Das Wahlprotokoll ist zusätzlich von der jeweiligen Wahlleitung und der entsprechenden Protokollführung zu unterschreiben.

(10) Der Bundesvorstand besetzt die Antragskommission mit mindestens drei Parteimitgliedern und gibt diese der Partei bekannt. Die Antragskommission prüft alle Anträge auf formale Korrektheit und bestimmt die Reihenfolge aller Anträge in Übereinstimmung mit § 12 (5).

(11) Der Bundesvorstand kann einen Leitantrag stellen, der unabhängig von der sonstigen Priorisierung vor allen anderen Anträgen behandelt wird.

§ 19 Bundessatzung und Organisationshandbuch

(1) Die Bundessatzung der Partei der Humanisten besteht auf der Bundesebene aus der allgemeinen Satzung und aus allen Ordnungen, die eine Mitglieder- oder Delegiertenversammlung auf Bundesebene für die Gesamtpartei beschlossen und der Satzung zugeordnet hat. Änderungen der Bundessatzung können mit einer Dreiviertel-Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.

§ 20 Leitbild und Programm

(1) Das Leitbild beschreibt die Weltanschauung, Grundsätze und Werte der Partei der Humanisten. Es gibt den Rahmen für alle programmatischen und organisatorischen Beschlüsse und alle politischen und organisatorischen Entscheidungen vor. Änderungen des Leitbilds werden mit einer Dreiviertel-Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen vom Bundesparteitag beschlossen. Weitere Gebietsverbände oder andere Organe dürfen keine Änderungen des Leitbilds beschließen und dürfen kein eigenes bzw. abweichendes Leitbild erstellen oder bestimmen.

(2) Das Grundsatzprogramm ist der oberste programmatische Beschluss und beschreibt die politische Ausrichtung der Partei der Humanisten auf allen Ebenen. Es definiert die langfristigen und grundlegenden Ziele für wichtige politische Themenfelder kurz, prägnant und allgemeingültig. Es verzichtet auf detaillierte Problembeschreibungen, Begründungen und Forderungen. Es gibt den Rahmen für alle weiteren programmatischen Beschlüsse vor. Änderungen des Grundsatzprogramms werden mit einer einfachen Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen vom Bundesparteitag beschlossen. Weitere Gebietsverbände oder andere Organe dürfen keine Änderungen des Grundsatzprogramms beschließen und dürfen kein

eigenes bzw. abweichendes Grundsatzprogramm erstellen oder bestimmen. Sie dürfen keine dem Grundsatzprogramm widersprechenden Programme oder Positionen beschließen. Sie dürfen das Grundsatzprogramm in jeweils aktueller Fassung übernehmen.

(3) Parteiprogramme beschreiben die politischen Ziele kurz-, mittel- und langfristig. Die Forderungen sollten konkret, detailliert und ausführlich erläutert werden und Lösungskonzepte anbieten. Jeder Gebietsverband kann eigene Parteiprogramme für den eigenen Geltungsbereich beschließen.